

Sie verstehen die Zusammenhänge nicht

Die Tragik der EU-Turbos

von Felix Zulauf, Gründer und Inhaber einer Vermögensverwaltungs-Unternehmung, Zug

Die EU-Turbos und der Bundesrat wollen uns weismachen, dass mit einem kleinen Entgegenkommen der EU nun Verträge möglich seien. Dieser Versuch des Bundesrats kam aufgrund von ausserordentlichem Druck der Mitte-Links-Parteien und Exponenten der Wirtschaft, insbesondere der Pharmedia, zustande.



Machen wir uns nichts vor, die EU will eine Integration der Schweiz in die EU und gibt da und dort ein kleines Zuckerchen. Diese Zugeständnisse der EU sind unwesentlich, entscheidend ist schlussendlich die Unterstellung der Schweiz unter EU-Recht und im Streitfall unter ein EU-Gericht. Alle Zugeständnisse können von der EU, wenn einmal Verträge unterschrieben sind, mit neuen Gesetzen wieder kassiert werden.

Dem EU-Recht und dem EU-Gerichtshof unterstellt
Was immer die beiden Parteien verhandeln, so müssen die Stimmbürger die Quintessenz dieser Verhandlung

wird – Gott sei Dank! Die Schweiz macht sich somit auf dem politischen Parkett wiederum unmöglich, weil der Bundesrat gegenüber der EU nie ausspricht, was gesagt werden muss: Die Schweiz kann sich mit ihrem politischen System der EU nicht unterstellen – diese beiden Systeme sind nicht kompatibel.

Systeme nicht vereinbar

Die EU-Turbos verstehen die Zusammenhänge nicht. Die mehrheitlich ausländischen Manager der Grosskonzerne – manchmal sogar mit Schweizerpass, aber eben ohne Schweizer DNA – verstehen die Schweiz und ihre entscheidenden Besonderheiten nicht. Dass die Linken in die EU wollen, ist verständlich, denn die EU ist ein Gebilde, das sich der Gleichmacherei, also dem Sozialismus, verschrieben hat. Dass insbesondere Manager – nicht nur solche ausländischer Herkunft – bereit sind, die Volksrechte der Schweizer Bevölkerung zu opfern, um ihren Bonus kurzfristig zu erhöhen, ist zwar verständlich, aber moralisch verwerflich. Den Stimmbürgern kann man nicht genug klar machen, dass ein solcher Schritt der Unterwerfung – die Befürworter nennen es beschönigend Integration – für die Schweiz ein Schritt aus dem Wohlstand in den wirtschaftlichen Abstieg bedeutet.

Felix Zulauf

verstehen. Wenn die Schweiz sich der EU unterstellt, wie auch immer, ob als EU-Mitglied oder mit einem Rahmen- oder Teilabkommen, oder wie das Dokument dann heisst, so wäre damit die weltweit einzigartige direkte Demokratie der Schweiz beendet. Die EU wird damit punkto Gesetzgebung immer über den Schweizer Stimmbürgern stehen und kann damit diktieren, wie sie dies in den EU-Mitgliedsländern auch tut.

Verlust der Standortvorteile

Das heisst in seiner logischen Konsequenz aber auch, dass die Standortvorteile der Schweizer Wirtschaft damit ebenfalls verlorengehen. Die Arbeitnehmer der Schweiz sind nicht produktivere Menschen als in der EU; es sind die Standortvorteile der Schweiz wie Arbeitsfrieden, liberaler Arbeitsmarkt, geringere Regulierung, geringere Steuer- und Sozialabgaben, höhere Eigenverantwortung et cetera, die über die Dauer der Zeit der Schweiz den höheren Wohlstand verschafft haben. Mit einer Einbindung der Schweiz in die EU, mit welchem Unterstellungsvertrag auch immer, gehen diese Vorteile alle verloren. Damit geht aber auch der Wohlstandsvorteil und die Freiheit für unsere Bevölkerung verloren, um die uns viele EU-Bürger beneiden.

Nett aber schwach

Bundesrat Cassis mag die richtige Gesinnung haben und ist ein netter Mann, aber er ist schwach und fällt bei jedem Windstoss um. Die Sirenengesänge der EU-Turbos haben den schwachen Politiker Cassis zu einem Schritt gezwungen, den er und der Gesamtbundesrat noch bedauern werden. Denn der Bundesrat und Cassis werden wieder mit fliegenden Fahnen untergehen, weil das Volk seine eigene Entrechtung nicht akzeptieren

LACHEN VERBOTEN!



Im Zürcher Unterland würde kürzlich eine Arbeitskraft für das «Personalmanagement» einer mittelgrossen Gemeinde angestellt. Sie sei seit langer Zeit im Human Resources (HR)-Bereich tätig, informierte sie die Dorfbevölkerung – und weiter: «Ich freue mich sehr, die Führungskräfte und Mitarbeitenden der Gemeindeverwaltung kennen zu lernen und sie als fachkompetente und neutrale Ansprechpartnerin in personellen Belangen zu unterstützen, zu beraten und zu begleiten. Es ist mir ein Anliegen, mit klar definierten Prozessen eine professionelle, agile und vertrauensvolle HR-Dienstleistung für die Gemeinde anzubieten und sicherzustellen.»

Frage: Geht es noch geschwollener/worthülensreicher? – Wohl kaum. Und was tun eigentlich der Gemeindeschreiber und der Gemeindepräsident, welche für die Verwaltung und damit auch für das Personelle zuständig sind – zumal der Gemeinderat auch noch eine «Beauftragte für Öffentlichkeitsarbeit» angestellt hat? Mag da noch jemand lachen?